



Frankreich und sein Verhältnis zur Vielfalt

Ist die Integration in der Krise?

VINCENT TIBERJ
März 2012

- Der Islam nimmt in der französischen Integrationsdebatte eine herausragende Stellung ein. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts wurde die Haltung muslimischer Einwanderer zu ihrem Glauben zunehmend als Maßstab herangezogen, um das Gelingen oder Scheitern von Integration zu beurteilen.
- Der Ursprung des religiösen Prismas liegt in der wachsenden Bedeutung einer »werteorientierten« Auffassung von Integration. Darunter ist zu verstehen, dass Zuwanderer weniger nach ihrem wirtschaftlichen und sozialen Erfolg als nach der Übernahme von Normen der Aufnahmegesellschaft beurteilt werden. Diese Entwicklung hat zu erheblichen Vorurteilen in vielen Bereichen der öffentlichen Diskussion geführt.
- Entgegen aller Medienklischees und Denkschemata zeigen die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund in Frankreich ein ganz anderes Bild. Dabei ist die problematische Lage in den Vorstädten nur der sichtbare Teil des Eisbergs. Die Politik muss ihre Rolle in der Integrationsfrage neu definieren und sich verstärkt mit Diskriminierungsproblemen auseinandersetzen.



Inhalt

Einleitung	3
Wer soll integriert werden? Die relevante Population ist politisch definiert	3
Das Islam-Prisma	5
Die Ursachen des muslimischen Prismas	6
Die öffentliche Wertepolitik	8
Die Integration von unten: Bestandsaufnahme.	9
Eine umfassende Überarbeitung der Integrationspolitik	10
Literatur	12

Einleitung

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts gab es zahlreiche Ereignisse, die mit dem Thema Immigration in Verbindung gebracht wurden: die Attentate in Madrid 2004 und in London 2005, die Aufstände in den französischen Vorstädten 2005 und die dänischen Karikaturen Mohammeds. Bei jedem dieser Ereignisse stellte sich erneut die Frage nach der Integration der Moslems und der Vereinbarkeit von Islam und westlichen Werten, wie beispielsweise die Gleichstellung von Mann und Frau, Laizität, freie Meinungsäußerung oder sexuelle Freizügigkeit. Angela Merkel sprach sogar von einer Krise des Multikulturalismus. Frankreich stünde demnach stellvertretend für ein globales Scheitern der Integrationspolitik in allen europäischen Staaten mit starker außereuropäischer und insbesondere muslimischer Zuwanderung.

Die Realität ist jedoch wesentlich komplexer. Das vorrangigste und wichtigste Problem hängt u. E. nach wie vor mit der Betrachtungsweise und dem Blickwinkel der politischen Eliten gegenüber der Integration, ihrer Bedeutung sowie den Kriterien zur Messung ihres Erfolgs oder Misserfolgs zusammen. Wir werden auf den Prozess, der den Islam fortan zum Prisma für jegliche Auseinandersetzung mit dem Thema Integration werden ließ, noch zurückkommen und die daraus resultierenden Konsequenzen und Fehlentwicklungen, insbesondere hinsichtlich der Definition des Integrationsbegriffs, aufzeigen. Anschließend werden wir die faktischen Erkenntnisse über die Eingliederung derer, die man euphemistisch als »la France de la diversité« (das Frankreich der Vielfalt) bezeichnet, in die französische Gesellschaft beleuchten und nachweisen, dass sich die Krise des Multikulturalismus jenseits des gängigen Diskurses als deutlich übertrieben erweist und es an der Zeit ist, unsere Vorstellung von Integration zu überdenken.

Wer soll integriert werden? Die relevante Population ist politisch definiert

Die Konturen der Population, die dazu berufen ist, sich in die französische Gesellschaft zu »integrieren«, sind keineswegs naturgegeben. Laut Durkheim (1922) ist Integration der Prozess, durch den eine Gesellschaft eine Gesamtheit von Individuen an sich bindet. Dieser Vorgang gilt demzufolge für jedes in eine Gesellschaft hineinwachsende Kind ebenso wie für einen von außen

kommenden Fremden und basiert insbesondere auf der Vermittlung der ihr angeblich zugrunde liegenden Regeln und Werte. Dieser Hinweis hat insofern seine Bewandnis, als die in Europa (vgl. Joppke 2007) zunehmend verbreiteten »Werte-Tests« und Wissensprüfungen über Institutionen und Geschichte der aufnehmenden Gesellschaft nur auf Ausländer abzielen, als ob die Einheimischen ohnehin alle ausnahmslos die Werte und Normen des betreffenden Landes kennen und teilen würden. In den Niederlanden zum Beispiel wird bei staatsbürgerlichen Lehrgängen für Ausländer Toleranz gegenüber Homosexualität ausdrücklich als einer der Grundwerte präsentiert; den Umfrageergebnissen des World Value Survey von 2008 zufolge waren jedoch 16,5 Prozent der befragten Holländer nach wie vor der Auffassung, Homosexualität lasse sich niemals rechtfertigen, und nur 41 Prozent meinten, sie lasse sich in jedem Fall rechtfertigen. In Frankreich sind die Ergebnisse noch frappierender, mit 19 Prozent (Homosexualität ist niemals gerechtfertigt) und 20 Prozent (immer gerechtfertigt).

Im zeitgenössischen Europa hat sich offenbar ein Konsens herausgebildet für eine mögliche Definition der zu integrierenden Population. Dessen Konturen scheinen ziemlich eindeutig den Islam zu umreißen – doch sind dies die richtigen Abgrenzungen? Vielfalt lässt sich in verschiedenster Art und Weise erfassen, z. B. unter Bezugnahme auf die Aspekte Zuwanderung (als Ausländer im Ausland geboren oder ein Eltern- oder Großelternanteil als Ausländer im Ausland geboren), Hautfarbe, ethnische Zugehörigkeit oder Folge der kolonialen Vergangenheit¹. Die Religion ist nur eines der Kriterien, um den »Anderen« zu identifizieren und damit die gesellschaftliche Problematik der Integration und der öffentlichen Integrationspolitik zu konstruieren.

Der Fall Frankreich ist für den Nachweis dieser Dominanz der islamfokussierten Definition besonders interessant und aufschlussreich. Vormaliges Einwanderungsland, Kolonial- und Sklavereistaat, charakterisiert sich Frankreich heute durch eine in den westlichen Ländern nahezu einzigartige Situation. Frankreich gehört zu den Ländern mit den historisch² und auch heute noch höchsten Zuwanderungsraten. 2008 waren zehn Prozent der Einwohner

1. So haben die Angehörigen des Commonwealth im Vereinigten Königreich im Gegensatz zu den Immigranten ähnliche Rechte wie die britischen Staatsangehörigen.

2. Historisch mit den Vereinigten Staaten vergleichbar, insbesondere in den 1930er Jahren (s. Noiriel 1992).

Kontinentalfrankreichs im Alter von 18–50 Jahren selbst Zuwanderer, bei sechs Prozent waren beide Eltern und bei weiteren sechs Prozent ein Elternteil Immigranten³. Zum Vergleich: In den USA betrug der Bevölkerungsanteil der Immigranten im Jahr 2009 12,5 Prozent – ein vergleichbarer und mit den französischen Gegebenheiten äquivalenter Wert.

Abgesehen vom demographischen Gewicht erweist sich die Heterogenität der Migrationsströme in Frankreich als besonders interessant. Wie in den Vereinigten Staaten ist auch hier eine Vielzahl europäischer Zuwanderungsströme festzustellen, vor allem aus Südeuropa (Italien, Spanien, Portugal), aber auch aus anderen Regionen – beispielsweise Polen und andere osteuropäische Länder. Erst ab 1999 wurde die europäische Immigration in Frankreich von der außereuropäischen Immigration überbunden. Ende der 1990er Jahre stellten die Zuwanderer und Nachkommen von Zuwanderern europäischer Herkunft in Frankreich unter den 18- bis 50-jährigen immer noch fast ein Drittel der Immigranten und 50 Prozent der »zweiten Generation« dar. Warum klammert die Integrationsdebatte diese Zuwanderer vielfach aus, zumal manche von ihnen die französische Sprache nicht oder nur schlecht beherrschen, auf jeden Fall weniger gut als die Zuwanderer aus dem Maghreb oder dem frankophonen Afrika?

Zum Thema »Sichtbarkeit«: Betrachtet man das Zahlenmaterial der TeO-Studie, so setzt sich die »schwarze Bevölkerung« in Frankreich der Herkunft nach zur Hälfte aus Menschen mit Migrationshintergrund (Subsahara-Afrika) zusammen, die andere Hälfte sind Übersee Franzosen aus den Restgebieten des französischen Imperiums, insbesondere von den französischen Antillen und La Réunion. In Anbetracht der Geschichte kann man letztere schwerlich als Immigranten betrachten, denn einige dieser Gebiete gehören »dem Schoß der Nation« länger an als Korsika, Savoyen oder das Elsass. Unter die »sichtbaren« Minderheiten sind ferner auch die Zuwanderer aus dem Maghreb, der Türkei, Südostasien und deren Abkömmlinge zu subsumieren. Der Anteil der »sichtbaren Minderheiten« an der in Frankreich lebenden Bevölkerung im Alter von 18 bis 50 Jahren beträgt elf Prozent. Diese Gesamtzahl lässt sich wie folgt aufschlüsseln:

1,5 Prozent Übersee Franzosen und deren Abkömmlinge, 1,5 Prozent Zuwanderer aus Subsahara-Afrika und deren Abkömmlinge, 3,5 Prozent Zuwanderer algerischer Herkunft und deren Abkömmlinge, 3,5 Prozent Zuwanderer marokkanischer oder tunesischer Herkunft und deren Abkömmlinge und ein Prozent Zuwanderer türkischer Herkunft und deren Abkömmlinge.

Die Sichtbarkeit ist als gesellschaftliches Faktum in Frankreich jedoch nicht so ohne weiteres akzeptabel. Dies veranschaulichen schon die zuweilen sehr heftigen Diskussionen zum Thema ethnische Statistiken (Patrick 2008). Rassendiskriminierungen wurden in Frankreich bezeichnenderweise erst spät und unter vielen Schwierigkeiten anerkannt, häufig aufgrund von Auflagen seitens der Europäischen Union (Guiraudon 2010). Im Jahr 2004 beschloss die Regierung Raffarin schließlich die Einrichtung einer »Hohen Behörde für die Bekämpfung von Diskriminierung und Gleichheit« (Haute Autorité de Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité/HALDE). Deren Auftrag ist allerdings die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung (wegen des Geschlechts, Einschränkung der körperlichen oder geistigen Fähigkeiten, Herkunft, usw.), als seien ethnisch begründete Diskriminierungen allein kein ausreichend legitimes Anliegen.

Das postkoloniale Prisma eignet sich möglicherweise ebenfalls als Interpretationsraster für die Frage der Vielfalt. So lautete auch die Hypothese der an dem Buch *La Fracture Coloniale* (Blanchard et al. 2005) beteiligten Wissenschaftler: Sie zeigen, in wie weit die heutige französische Gesellschaft immer noch mehr oder weniger bewusst von Denkweisen geprägt ist, die aus dem Kolonialreich im Allgemeinen und dem Algerienkrieg im Besonderen herrühren. Dies wird allein schon durch die Debatte vom Februar 2005 verdeutlicht, als die französische Nationalversammlung ein Gesetz verabschiedete, das dazu tendiert, »der Kolonisation eine positive Rolle« (Bertrand 2006) zuzuerkennen. Doch wenngleich einige der außereuropäischen Migrationsströme in der Tat einen direkten Bezug zur französischen Kolonialgeschichte haben (Maghreb, Subsahara-Afrika, ehemaliges Indochina) und auch die Übersee Franzosen Träger dieser Geschichte sind, so weisen andere dagegen überhaupt keinen Zusammenhang mit dieser Vergangenheit auf (Türkei und China beispielsweise).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Frankreich ein empirischer Fall ist, bei dem neben dem Migrationspro-

3. Die Daten stammen aus der Erhebung TeO (Trajectoires et Origines), die 2010 von dem französischen Statistikamt INSEE und dem Forschungsinstitut INED durchgeführt wurde. Die ersten Ergebnisse sind nachzulesen in Hamel und Simon (2010).

zess an sich auch die Hautfarbe möglicherweise eine Rolle spielt, ebenso wie die Frage, ob jemand die Sprache beherrscht oder nicht, die gleiche Kolonialgeschichte teilt oder nicht, der christlichen Religion angehört oder nicht.

Das Islam-Prisma

Wie lässt sich vor diesem Hintergrund erklären, dass der Islam und die Muslime in der Multikulti-Debatte im vergangenen Jahrzehnt einen so großen Raum eingenommen haben? Der TeO-Studie zufolge bezeichnen 43 Prozent der Immigranten sowie 45 Prozent der Folgegeneration, bei denen beide Eltern zugewandert waren, und acht Prozent derer, bei denen ein Elternteil zugewandert war, sich selbst als Muslime (Simon/Tiberj 2010). Der Islam ist heute tatsächlich die zweitstärkste Religionsgemeinschaft in Frankreich – aber mit großem Abstand hinter der Nummer eins: acht Prozent der in Frankreich lebenden Bevölkerung im Alter von 18 bis 50 Jahren sind nach eigenen Angaben Muslime, 43 Prozent dagegen Katholiken (darunter übrigens 26 Prozent der Immigranten, 27 Prozent der Immigrantenkinder, bei denen beide Eltern zugewandert waren, und 39 Prozent derer, bei denen ein Elternteil zugewandert war). Und doch ist der Islam heute zum Beurteilungsmaßstab für das Gelingen oder Scheitern der Integration in Frankreich oder sogar in Europa mutiert. Mehrere Ereignisse aus der jüngeren politischen Geschichte belegen dies zur Genüge.

Als Nicolas Sarkozy 2003 für die *discrimination positive* (französische Version der amerikanischen *affirmative action*) plädierte, beabsichtigt er – so seine eigenen Worte – einen »muslimischen Präfekten« zu ernennen. Als Meinungsforschungsinstitute und Medien begannen, sich für das spezifische Wahlverhalten der Franzosen mit Migrationshintergrund zu interessieren, geschah dies ebenfalls unter Fokussierung auf die Meinungen und Einstellungen der Muslime⁴, also nicht in Abhängigkeit von einer die jeweilige Herkunft der Menschen abbildenden Variable⁵. Als der französische Staatsrat im Juni 2008 die Einbürgerung von einer seit 2000 in Frankreich lebenden

Marokkanerin, Frau Faiza Mabchour, ablehnte, geschah dies mit dem Argument, dass »[sie] zwar die französische Sprache gut beherrscht, aber ihre Religion in einer radikalen Art und Weise ausübt, die mit den wesentlichen Werten der französischen Volksgemeinschaft und insbesondere mit dem Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter nicht vereinbar ist«. Über den Einzelfall hinaus ist vor allem bedeutsam, dass diese Entscheidung einer der höchsten rechtlichen Instanzen Frankreichs neue Maßstäbe setzt und das religiöse Gebaren zu einem der relevanten Kriterien für das Erlangen der französischen Staatsbürgerschaft werden lässt. Die Einbürgerung stützt sich also künftig nicht mehr auf die klassischen Integrationskriterien wie das Vorliegen einer »Mischehe« (wie bei dieser Frau, mit einem Franzosen maghrebinischer Herkunft), das Beherrschen der Sprache oder den Umstand, bereits Mutter von drei Kindern mit französischer Staatsbürgerschaft zu sein. All diese vormals hinreichenden Bedingungen sind also nunmehr sekundär im Verhältnis zur Ausübung einer gewissen Form des Islam, die als unvereinbar mit der Laizität und der Gleichstellung von Mann und Frau gilt.

Die Wirkkraft und Dominanz dieses religiösen Prismas lässt sich durch viele Beispiele belegen, wenn man analysiert, wie gewisse Themen in den Medien behandelt werden. Nehmen wir beispielsweise die Berichterstattung über die gewalttätigen Unruhen von 2005. Zur Erinnerung sei gesagt, dass es sich um Ereignisse von besonderer Tragweite handelte, die Präsident Chirac veranlassten, den Ausnahmezustand zu verhängen – eine wirklich außerordentliche Maßnahme, die während der V. Republik 1961 aus Anlass des Staatsstreichs der Generäle in Algier zum ersten und einzigen Mal angewandt worden war. Diese Unruhen hätten anhand unterschiedlichster Prismen sowohl *color-blind* (soziales Elend, Ghettoisierung der Vorstädte, Perspektivlosigkeit der Jugend) als auch nicht *color-blind* (ethnische Unruhen, rassistische Diskriminierung), analysiert und berichtet werden können. Tatsächlich wurde jedoch vor allem der religiöse Blickwinkel eingenommen. Als Nachweis hierfür genügt eine Auswertung der überregionalen Presse während der 21-tägigen Dauer der Unruhen (Tiberj 2008). Der Begriff »Islam« ist darin 718 Mal, der Begriff »Islamisten« 224 Mal erwähnt. Das religiöse Element steht also gegenüber den Themenkreisen Immigration/Immigrant (527 Nennungen) wie auch Sicherheit/Kriminalität (138 Nennungen, d. h. siebenmal weniger als beim religiösen Element) oder

4. Das Meinungsforschungsinstitut IFOP erfasst seit 2003 die Parteipräferenzen und das Vertrauen der muslimischen Franzosen gegenüber dem Staatspräsidenten – ein klarer Beweis, dass diese Betrachtungsweise der Vielfalt gewählt wurde, und nicht etwa ein auf Herkunft oder Hautfarbe basierendes Konzept.

5. Dies verweist auf die Debatte über die Frage, ob die Abbildung der Herkunft mit der Republik vereinbar ist oder nicht. Siehe dazu den Héran-Bericht unter http://combatsdroitshomme.blog.lemonde.fr/files/2010/02/rapport_comedd_v-finale_04-02-10-1.1265292406.pdf.

soziale Verhältnisse/Ungleichheit (187 Nennungen, d. h. fünfmal weniger) klar im Vordergrund.

Die Ursachen des muslimischen Prismas

Der Islam hat in der Immigrations- und Integrationsdebatte eine bisher nie dagewesene Bedeutung erlangt. Doch warum ist dies so? Natürlich spielen hier der 11. September 2001 und die Attentate von Madrid und London eine Rolle. Doch dies allein ist keine hinreichende Erklärung für die Dominanz des muslimischen Prismas. So war Frankreich 1995 von einer Anschlagswelle heimgesucht worden, ohne dass die religiöse Lesart im darauffolgenden Jahrzehnt einen derartigen Einfluss gewonnen hätte. In diesem Zeitraum konzentrierte sich die Integrationsdebatte mehr auf die Kontrolle der Zuwanderungsströme – insbesondere mit der Figur der *sans-papiers* (illegale ohne gültige Ausweispapiere) – als auf die »Bärtigen« (Islamisten).

Die Attentate von New York und Washington waren zweifellos nicht die Auslöser des muslimischen Prismas, aber sie haben es in den Köpfen, speziell in den Köpfen der verschiedenen amtierenden Regierungen, etabliert. In gewisser Weise hat die daraus resultierende »Versicherlichung« der Zuwanderungsproblematik (Chebel d'Appollonia 2011) den Islam als Interpretationsraster legitimiert, die Ingredienzien für eine solche Fixierung waren jedoch schon seit den 1990er Jahren im Keim vorhanden. De facto haben sich die politischen Eliten in Europa schrittweise auf eine neue Form des Assimilationismus zubewegt.

In den 1980er und 1990er Jahren hatten die europäischen Regierungsparteien sich mehr oder weniger offen an den »multikulturellen Konsens« entsprechend dem Begriff von Paul Sniderman und Louk Hagendoorn (2007) gewöhnt. Dieser Konsens war zwar, insbesondere in Frankreich, nicht unbedingt explizit, und innerhalb Europas je nach Land und Tradition in puncto Vielfalt und Zuwanderung unterschiedlich ausgeprägt. Gleichwohl wurde der Multikulturalismus als Grundsatz öffentlicher Politik (in den Niederlanden wie auch in Großbritannien) oder in Form der Akzeptanz, ja sogar der Förderung kultureller Vielfalt (beispielsweise in Frankreich) von den Parteien des linken wie auch des rechten Lagers hingenommen oder angesichts der Fremdenfeindlichkeit des Front National beziehungsweise seiner europäischen Pendanten

sogar verteidigt. Ein Umstand, der insbesondere darin seinen Niederschlag fand, dass das Zuwanderungsthema von den großen Parteien in der politischen Auseinandersetzung bewusst ausgeklammert wurde.

Gegen Ende der 1990er Jahre vollzog sich dann eine Erosion dieses Konsenses. Rogers Brubaker (2001) stellte ausgehend von drei empirischen Fallbeispielen ein »Comeback der Assimilation« fest. Seiner Auffassung nach erfolgte in Frankreich der Wechsel von einer Rhetorik des »Rechts auf Andersartigkeit« zu einer Rhetorik des »Rechts auf Ähnlichkeit«, laut Brubaker vertreten durch einen vor allem von Intellektuellen wie Alain Finkielkraut oder Pierre-André Taguieff propagierten Neo-Republikanismus. Anders ausgedrückt kam es zu einer zunehmend stärkeren Forderung nach »Ähnlichkeit« seitens der aufnehmenden Gesellschaft – und dies ganz eindeutig vor Beginn des Kriegs gegen den Terrorismus, auch wenn letzterer dieses Phänomen geschürt und ihm später eine ganz andere Dimension verliehen hat. Dem Islam-Prisma liegt also vom Ursprung her ein »republikanischer Konzeptionsrahmen« zugrunde, eine »werteorientierte« Auffassung von Integration.

Dieser Trend wird die Denkweise in puncto Integration und vor allem die Beurteilung des Integrationserfolgs erheblich verändern, wobei insbesondere die Betonung der Werte dieses Neo-Republikanismus immer mehr Nachdruck erhält. Im Allgemeinen wird »Integration als einheitliche Merkmalskonvergenz der Immigranten in Richtung des Merkmalsdurchschnitts der französischen Gesellschaft« (Safi 2006: 5) verstanden. Unabhängig davon, ob die Integration als Kontinuum betrachtet wird, nach dem Muster der Chicagoer Schule, oder als multidimensionaler, segmentierter Prozess entsprechend der Theorie von Alejandro Portes, wird die Rolle der aufnehmenden Gesellschaft in den sozialwissenschaftlichen Integrationstheorien jedoch generell gering eingeschätzt. Tatsächlich hat die aufnehmende Gesellschaft aber eine doppelte Rolle inne: als Richter, indem sie die Kriterien für eine erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Integration festlegt, und gleichzeitig auch als Akteurin der Integration und damit als beteiligte Partei. Ihre Rolle äußert sich sowohl in der Modifikation der Anforderungen als auch in den mehr oder weniger bewusst von der Gesellschaft produzierten diskriminierenden Verhaltensweisen. So wurde der mahnende Verweis auf die republikanischen Normen und das Gebot für die Zuwanderer, diese Normen anzunehmen, zum Leitmotiv hinsichtlich der Qualität der Inte-

gration; vorher hatten die Anzeichen für eine geglückte Integration eher mit der erfolgreichen Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt und dem sozialen Aufstieg zu tun.⁶

Von dem Moment an, wo die Werte eine erhöhte Urteilsrelevanz erhielten, wurde der Islam wegen seiner vorgeblichen Rückständigkeit, insbesondere in Bezug auf Sitten und Sexualverhalten, suspekt. Diese Anschauungsweise fand in der französischen Öffentlichkeit dann auch sehr rasch breiten Anklang. Bei einer IPSOS-Umfrage im Jahr 2003 waren 62 Prozent der Befragten der Auffassung, die Werte des Islam seien mit den Werten der Republik inkompatibel. Genauer gesagt bezweifelt ein großer Teil der französischen Wähler die Vereinbarkeit muslimischer Praktiken mit dem französischen way of life. Dem jährlichen Meinungsbarometer der Commission Nationale Consultative des Droits de l'Homme (beratende nationale Menschenrechtskommission) zufolge hielten im Zeitraum 2006–2011 zwischen 68 Prozent und 74 Prozent der Befragten das Tragen des Schleiers für ein Problem hinsichtlich der Integration in die Gesellschaft. Dabei geht es nicht um das Schleiertragen in der Schule, das für Schülerinnen wie auch Lehrerinnen in Frankreich nunmehr verboten ist, sondern das Tragen des Schleiers im Alltag. Im Falle der Burka meinten 2011 88 Prozent der Befragten, dass dies problematisch sei.

Abgesehen von dieser Frage, die seit dem Wiederaufflammen der Debatte um verschleierte Frauen in den Schulen im Jahr 2004 in Frankreich spaltende Wirkung entfaltete, lässt sich der Anteil der Islam-Aversion in der zeitgenössischen französischen Gesellschaft auch anhand des Meinungsbilds zu sehr viel weniger sichtbaren Praktiken messen. So vertreten je nach Umfragejahr zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Befragten die Meinung, dass das Fasten während des Ramadan für das Leben in Frankreich problematisch sein kann. Hinsichtlich der Gebetsregeln sind zwischen 21 Prozent und 28 Prozent dieser Auffassung, beim Hammelopfer zum islamischen Opferfest Eid-ul-Kabir zwischen 33 Prozent und 41 Prozent und beim Schweinefleisch- bzw. Alkoholverbot zwischen 13 Prozent und 16 Prozent. Im Gegensatz zum Kopftuch als öffentliche Problematik mit weitreichenden Verzweigungen in Bezug auf den Platz, der den Religionen eingeräumt wird, auf die Laizität und die Gleichstellung zwischen Mann und Frau, beziehen die vier letztgenann-

ten Fragen sich auf individuelle Praktiken und somit auf die Sphäre der privaten Praktiken und Überzeugungen. Dabei sollten die innerhalb dieser Sphäre verbleibenden religiösen Gebarungen und Verhaltensweisen eigentlich dem Urteil der Gesellschaft entgehen und es jedem Einzelnen frei stehen, diese nach Belieben auszuüben. Es ist also klar erkennbar, wie der Islam, eine in den 1970er und 1980er Jahren noch unsichtbare Religion, sich zur Religion mit dem heute negativsten Image in Frankreich entwickelt hat: 34 Prozent der Franzosen haben ein sehr oder ziemlich negatives Bild vom Islam, im Vergleich zu 16 Prozent im Falle der »jüdischen Religion« und 13 Prozent im Falle der »katholischen Religion«.

Letztlich bewirken der Islam und vor allem die Art und Weise, wie er in der öffentlichen Debatte behandelt wird, maßgebliche Verschiebungen der politischen Konstellation in der französischen Gesellschaft, insbesondere beim Thema Laizität. So entwickelten sich der Front National und die von Philippe de Villiers geführte Partei Mouvement Pour la France (eine Rechts-Partei, die sich regelmäßig auf die »christlichen Wurzeln« Frankreichs und Europas beruft) in den 2000er Jahren zu eifrigen Republikanern und Laizisten. Sehr gut verdeutlicht wird diese Werteverchiebung durch ein Wahlkampfplakat von Jean-Marie Le Pen aus dem Jahr 2007, auf dem eine Französin ausländischer Herkunft in Verbindung mit dem Slogan »nationalité, assimilation, ascenseur social, laïcité, ils ont tout cassé« (Nationalität, Assimilation, sozialer Aufstiegsmotor, Laizität – sie haben alles kaputt gemacht) zu sehen ist. Die Laizität, einst angestammter spaltungs- und symbolträchtiger Wert des linken Spektrums, der noch in den 1990er Jahren nur von diesem Bereich der Wählerschaft unterstützt wurde, ist seither zu einem konsensualen Wert für die gesamte Wählerschaft mutiert, der laut Umfrageergebnissen aus dem Jahr 2005 von 84 Prozent als sehr positiv oder ziemlich positiv eingeschätzt wird. Dabei ist die Bedeutung des Laizitätsbegriffs, je nachdem ob man politisch links oder rechts steht, nicht die gleiche. So haben Martine Barthélemy und Guy Michelat (2007) gezeigt, dass die Laizität im linken politischen Lager für Immigranten offen sowie generell gegen Religionen und besonders gegen den Katholizismus gerichtet ist, während sie unter den politisch rechts orientierten Wählern von heute Immigranten und Muslimen gegenüber verschlossen ist und speziell unter praktizierenden Katholiken ein breites Echo findet.

6. Zur Erfassung der verschiedenen Integrationskriterien siehe Simon und Riandey (1996).

Die öffentliche Wertepolitik

Diese Islam-Fokussierung hat reale Konsequenzen im Bereich des öffentlichen Handelns – vor allem deshalb, weil das Aufmerksamkeits- und Mittelpotenzial des Staates von Natur aus begrenzt ist (Jones/Baumgartner 2005) und somit die Bevorzugung bestimmter Politiken den Nichteinsatz der entsprechenden Mittel für eine alternative Auseinandersetzung mit der Frage der Integration zur Folge hat. Wenn dieses Prisma nahezu systematisch angewandt wird, sobald es um Vielfalt geht, dann wird dadurch zum einen die Möglichkeit eines color divide in Frankreich überhaupt nicht angesprochen, vor allem aber hat dies auch zum Ergebnis, dass die fast systematisch damit assoziierte Thematik eines Wertekonflikts zwischen den Minderheiten und der sie aufnehmenden Gesellschaft in den Vordergrund gelangt. Frankreich reiht sich diesbezüglich in eine gesamteuropäische Bewegung zu einem zunehmend härteren Kurs der verschiedenen Länder in Richtung einer öffentlichen Wertepolitik ein.

In Frankreich hat sich diese Wende der öffentlichen Politik insbesondere im Zusammenhang mit den Ungleichheiten zwischen Mann und Frau und dem Status der Frau im Islam herauskristallisiert. Besonders bezeichnend hierfür ist die Einführung des *contrat d'accueil et d'intégration* (Aufnahme- und Integrationsvertrag). Dieser zwei Seiten lange, faktisch kaum verbindliche Vertrag dient insbesondere dem Zweck, den Zuwanderern in knapper Form die wesentlichen Grundsätze und Werte der Republik vor Augen zu führen, und enthält u. a. einen speziellen Abschnitt mit der Überschrift »La France: un pays d'égalité«. Nun hätte man erwarten können, dort mehrere Definitionen von Gleichheit vorzufinden – standen doch beim Aufbau der Republik die Abschaffung der Adelsprivilegien, die Einführung der Meritokratie für den Zugang zu Ämtern in der öffentlichen Verwaltung, eine starke Aversion gegen soziale Ungleichheiten sowie ein steuerliches Umverteilungssystem und ein leistungsfähiger Wohlfahrtsstaat im Mittelpunkt. Ebenfalls denkbar ist, dass es sich hier um die Gleichbehandlung der Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion oder Herkunft handeln könnte. Doch in Wirklichkeit geht es in diesem Textabschnitt einzig und allein um eine (Un) Gleichheit, die eigentlich in Frankreich erst vor relativ kurzer Zeit bekundet und thematisiert wurde, nämlich die Gleichheit der Geschlechter. Unschwer zu begreifen sind vor allem die Adressaten der warnenden Aussagen in diesem Text: Die Denunzierung der vermuteten Be-

fehlsgewalt der Väter, Brüder oder Ehemänner und das Verbot der Polygamie oder der Zwangsehe sind regelmäßig wiederkehrende Argumente und rhetorische Figuren der Diskussionen über den Islam.⁷ Es gilt also die Prämisse, dass alle Zuwanderer, zum Beispiel auch amerikanische oder kanadische Staatsbürger, hinsichtlich der Geschlechterrollen zur Ordnung gemahnt werden müssen, als ob alle zugewanderten Frauen potenziell Unterdrückte und die zugewanderten Männer Unterdrücker seien. Man erkennt an dieser Stelle, wie eine Wertefokussierung der aufnehmenden politischen Gesellschaft mit der Absicht, sich extremistischen Auswüchsen bei Muslimen (deren Anteil in der betroffenen Population gar nicht bekannt ist) zu widersetzen, zu generellen Vorurteilshaltungen von Seiten eines Staates führen kann. Dies ist umso frappierender, als der Vertrag unmittelbar vor diesem Abschnitt zur Gleichheit bereits einen Abschnitt über Laizität enthält.

Ein weiteres Beispiel für die vorurteilsfördernden Effekte dieser Islam-Fokussierung ist die Burka-Debatte von 2009/2010. Das Thema Ganzkörperverschleierung mobilisierte einen erheblichen zeitlichen wie auch personellen und materiellen Aufwand. Die Nationalversammlung widmete dieser Frage ab Juni 2009 ein parlamentarisches Informationsverfahren. Nach Anhörung von fast 200 Personen führte dieses Verfahren nicht einmal sechs Monate später zur Erstellung eines Berichts⁸. Die Regierung leitete ein gesetzgeberisches Dringlichkeitsverfahren ein, um ein Gesetz zum Verbot des Ganzkörperschleiers im öffentlichen Raum verabschieden zu lassen. Die endgültige Annahme durch das Parlament erfolgte im September 2010. Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, dass ein solches Tempo in Frankreich relativ unüblich ist – vor allem bei einem öffentlichen Problem, das laut eigener Aussage des Innenministeriums einen sehr geringen Anteil nicht nur der französischen Bevölkerung insgesamt, sondern auch der Muslime betrifft (zwischen 367 und 2 000 Personen (vgl. Gabizon 2009)). Bezeichnenderweise ist diese Debatte die Fortführung einer ähnlichen Debatte zum Schleier in der Schule in den Jahren 2003–2004. Fazit: Man kann eindeutig nicht behaupten, dass der Status der Frau im Islam ein Thema ist, das die französische Politik nicht interessiert. Doch ist der hierfür betriebene Energie-

7. Eines der jüngsten Beispiele ist der im Sommer 2010 vom damaligen Innenminister Brice Hortefeux eingebrachte Gesetzesvorschlag, wonach jeder, der der Polygamie überführt wird, die französische Staatsbürgerschaft verlieren würde.

8. Vgl. http://www.assemblee-nationale.fr/13/dossiers/voile_integral.asp

einsatz angemessen? Gibt es nicht andere Prioritäten in Sachen Integrationspolitik, wie z.B. das Bekämpfen von Diskriminierung aufgrund der Herkunft? Zum besseren Verständnis dieser Diskrepanz genügt es, anhand der seit Mitte der 2000er Jahre in Frankreich immer zahlreicher durchgeführten Meinungsumfragen eine Bilanz der Integration von unten zu erstellen.

Die Integration von unten: Bestandsaufnahme

Wenn von Zuwanderung die Rede ist, wird diese nur allzu häufig mit Arbeitslosigkeit und sozialem Elend, Bedrohung der Sicherheit (im Juli 2010 in Grenoble gehaltene Rede von Nicolas Sarkozy), Parallelgesellschaften und religiösem Integritismus in Verbindung gebracht. Zieht man repräsentative Erhebungen über das »Frankreich der Vielfalt« heran, so zeigt sich jedoch eine ganz andere Realität, weitab von den Medienklischees und von festgefühten Denkschemata. Jenseits von selbstproklamierten Fürsprechern der Vielfalt und organisierten Minderheiten ist dies die Realität einer schweigenden Mehrheit, die nun zu Wort kommt. Das sich daraus ergebende Porträt ist absolut nicht katastrophal – ganz im Gegenteil.

Beginnen wir mit dem Verhältnis zum Islam. Im Rahmen der RAPFI-Untersuchung 2005 bezeichneten sich von den befragten Franzosen maghrebinischer, afrikanischer oder türkischer Herkunft nur 59 Prozent als Muslime, d.h. ein ähnlicher Anteil wie die Franzosen, die sich als Katholiken bezeichnen, und 20 Prozent von ihnen waren Atheisten (gegenüber 28 Prozent im Wahlvolk insgesamt). Der Umfang öffentlicher Religionsausübung ist bei den Muslimen ähnlich wie bei den Katholiken (20 Prozent gehen mindestens einmal monatlich zum Gottesdienst), vor allem aber pflegen die meisten gläubigen Muslime unter ihnen eine private religiöse Praxis, ohne Kontakte zum institutionalisierten Islam. Antisemitismus und Unterdrückung der Frauen werden im Zusammenhang mit Muslimen häufig genannt. Probleme, die in der Tat existieren: 33 Prozent dieser »Neuf Franzosen« (gegenüber 14 Prozent im Wahlvolk insgesamt) können als in Sittenfragen konservativ und ungefähr ebenso viele als Antisemiten (gegenüber 18 Prozent im Wahlvolk insgesamt) bezeichnet werden. Doch abgesehen davon, dass die Mehrheit unter ihnen keines dieser Vorurteile hat, sind ausgerechnet diejenigen am wenigsten aufgeschlossen, die am sichtbarsten sind und denen durch den Wahlmodus des französischen Islamrates CFCM (Conseil

Français du Culte Musulman)⁹ ein offizieller Status zuerkannt wurde: nämlich die Moscheegänger. In dieser Gruppe sind 70 Prozent in Sittenfragen konservativ, und 46 Prozent haben starke antijüdische Vorurteile. Gerade die konservativsten Muslime haben also am meisten Mitsprachemöglichkeiten und auch am ehesten die Chance, sie zu nutzen. Dies wiederum verschärft den allgemeinen Eindruck einer Abgrenzung vom Rest der Gesellschaft, obwohl diese Leute häufig die einzigen Träger einer solchen Abgrenzung sind. Insofern nimmt das Verfahren zur Bestellung der CFCM-Mitglieder die Muslime mit privater Glaubenspraxis, die in diesen Fragen sehr viel gemäßigter sind und demzufolge mit dem Zusammenleben in Frankreich stärker harmonisieren, gewissermaßen in Geiselschaft.

Was den Kommunitarismus – ebenfalls eine unvermeidliche Schreckfigur der Diskussionen über die Vielfalt – angeht, so betrifft dieses Phänomen nur eine extrem kleine Minderheit unter den »Neuf Franzosen«. Viele meinen, das Verhältnis der individuellen Identitäten werde davon bestimmt, dass sie einen Gegensatz bilden und sich gegenseitig ausschließen: Wenn man Muslim ist, ist man weniger Franzose¹⁰. In Wirklichkeit ist dies jedoch nicht die Art und Weise, in der sich die neuen Franzosen selbst definieren. Wenn es im Rahmen der RAPFI-Umfrage darum geht, die Nähe zu bestimmten Gruppen zu analysieren, nennen die »Franzosen der Vielfalt« in erster Linie die generationsabhängige und die soziale Nähe (89 Prozent und 87 Prozent), gleich danach die Nähe zu den Franzosen im Allgemeinen (85 Prozent). Die Nähe zu Immigranten, zu Religionsgenossen oder zum Ursprungsland ihrer Familie kommt erst deutlich später (76 Prozent, 71 Prozent und 77 Prozent). Diese verschiedenen Identitäten stehen nicht miteinander im Widerstreit, sondern stärken

9. 2003 vom damaligen Innenminister Nicolas Sarkozy geschaffenes Gremium, das eigentlich die gesamte Glaubensgemeinschaft repräsentieren soll. Dabei handelt es sich zwar um gewählte Vertreter, die aber über die Moscheen und nicht direkt von den Muslimen selbst gewählt werden.

10. Genau so interpretieren manche die Ergebnisse der Erhebung *Pew Global Attitudes Project*. Dabei stellt jedoch die betreffende Frage die beiden Identitäten in einen Gegensatz zueinander und schafft damit einen künstlichen Konflikt (What do you consider yourself first? A citizen of your country / A muslim (or a Christian)?). Sie zwingt die Befragten, sich für eines der Lager zu entscheiden. Die französischen Muslime deklarieren sich nur zu 46 Prozent an erster Stelle als »Bürger ihres Landes«, doch unterscheiden sie sich ganz erheblich beispielsweise von ihren britischen Glaubensgenossen (sieben Prozent bezeichnen sich an erster Stelle als Bürger), vor allem aber stehen sie den amerikanischen Staatsbürgern sehr nahe (48 Prozent bezeichnen sich zunächst als Bürger und erst danach als Christ). Im Falle der Vereinigten Staaten, wo der Patriotismus nach wie vor besonders stark ausgeprägt ist, sind die Mängel und die ungeschickte Formulierung der Frage unschwer zu erkennen (<http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=254>).

und ergänzen sich gegenseitig; die Neufranzosen sind also »plurale Bürger« mit mehreren Identitäten. Vor allem, wenn man als Definition des Kommunitarismus eine starke Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft, gestützt auf eine Anerkennung spezifischer Rechte und die Würdigung der kulturellen Unterschiede, heranzieht, so treffen diese drei Kriterien nur auf knapp vier Prozent der Neufranzosen zu. Die Versuchung des Kommunitarismus existiert zwar, ist in Frankreich aber nach wie vor sehr marginal.

Das »Frankreich der Vielfalt« definiert sich folglich nicht primär über den Islam. Im Rahmen der INED-INSEE-Erhebung »Trajectoires et Origines« (Werdegänge und Ursprünge) wurden die Ergebnisse mittels Erweiterung auf ein sehr viel breiteres Panel verschiedener Herkunftste bestätigt: Die Immigranten und ihre Nachkommen definieren sich selbst zunächst über ihre Herkunft (je nach Fall zwischen 44 Prozent und 51 Prozent), dann über ihre Familie (zwischen 37 Prozent und 39 Prozent); nur knapp ein Fünftel führt auch das religiöse Merkmal an. Ein absolut offenkundiges Paradox: Die aufnehmende Gesellschaft sieht nur die Religion und ignoriert die Herkunft, während das Selbstverständnis der Zuwanderer und ihrer Kinder vor allem durch ihre jeweilige Herkunft und sehr viel weniger durch ihre Religion (sofern sie überhaupt eine Religion besitzen) bestimmt wird.

Und das Thema Schulversagen? Der bereits genannten Erhebung »Trajectoires et Origines« zufolge haben 51,5 Prozent der Nachkommen von Zuwanderern aus der afrikanischen Sahelregion mindestens Abitur, bei den Herkunftsregionen Zentralafrika, Algerien, Marokko oder Tunesien sind es 62,5 Prozent, 44,5 Prozent, und 59 Prozent. Dies ist zwar weniger als die entsprechende Quote der zweiten Immigrantengeneration aus Südostasien (72,5 Prozent), aber deutlich mehr als der gesamtfranzösische Durchschnitt (37 Prozent) – wobei noch nicht einmal das soziale Niveau der Eltern berücksichtigt ist, dessen Bedeutung für das schulische Schicksal der Kinder ja wohlbekannt ist.

»Warum dann all diese Alarmsignale?«, wird nun mancher entgegenen. Die dramatisch hohe Arbeitslosigkeit in den Vorstadtghettos lässt sich selbstverständlich kaum leugnen, ebenso wenig auch bestimmte Aufrufe der konservativsten Muslime, oder die Schwierigkeiten, mit denen man als junges Mädchen oder Homosexueller in den Vorstadtghettos teilweise zu kämpfen hat. Doch diese

bedauerlichen Phänomene sind nur der sichtbare Teil des Eisbergs. Die Bewegung, die sich, vor unserer Wahrnehmung der Gesellschaft verborgen, in der Tiefe vollzieht, ist vielmehr eine geräuschlos, aber unaufhaltsam von statten gehende Integration.

Umso wichtiger ist es, zu erkennen, dass die Politik durchaus noch eine Rolle zu spielen hat – allerdings nicht unbedingt so, wie man dies vielleicht erwartet. Umfangreiche Anstrengungen galten bisher der Burka, wobei es bekanntermaßen bestenfalls um ein paar Tausend Fälle geht; gleichzeitig werden Probleme, die sehr viel mehr Menschen das Leben schwer machen, gar nicht beachtet. Unter den Angehörigen der zweiten Immigrantengeneration aus Afrika und dem Maghreb und den ins Mutterland übersiedelten Übersee Franzosen – die mit den Zuwanderern nur die Hautfarbe und damit ihre Sichtbarkeit gemein haben –, waren eigenen Angaben zufolge nahezu 50 Prozent im Laufe ihres Lebens Opfer rassistischer Beleidigungen, 20–27 Prozent wurden im letzten Jahr mehrfach von der Polizei kontrolliert und 38–46 Prozent waren in den letzten fünf Jahren in ihren Beziehungen zu Behörden oder Banken mit diskriminierendem Verhalten konfrontiert (Quelle: Erhebung »Trajectoires et Origines«). Wen trifft also die Schuld an der Integrationskrise?

Eine umfassende Überarbeitung der Integrationspolitik

Frankreich stellt sich beim Thema Integration gerne als Vorbild dar. So wird zum Beispiel regelmäßig die Tradition des *Ius Soli* hervorgehoben, insbesondere gegenüber dem für Deutschland charakteristischen *Ius Sanguinis*, wenngleich Deutschland seine Position seit dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 2000 erheblich gelockert hat. Die gegenwärtige Regierung beruft sich regelmäßig auf dieses Erbe, um der von ihrer Integrationspolitik hervorgerufenen Kritik entgegen zu treten. Doch in Wirklichkeit hat Frankreich heute keinen Vorsprung mehr und würde gut daran tun, sich mit den good practices seiner Nachbarn auseinander zu setzen.

Wir verfügen heute über Mittel und Möglichkeiten, um das Abschneiden verschiedener europäischer Staaten auf dem Gebiet der Integrationspolitik miteinander zu vergleichen. So zum Beispiel das MIPEX-Projekt (migrant



integration policy index¹¹). Frankreich rangiert hier unter den 28 Ländern, die untersucht wurden, an elfter Position und ist demnach bei Weitem kein Integrationsvorbild. De facto wird es eher als »durchschnittlich« eingestuft, in gewissen Fällen – etwa hinsichtlich der Anerkennung von Hochschulabschlüssen oder der Familienzusammenführung – sogar als »aufholbedürftig«. Sicherlich gelten manche Bestandteile unserer Integrationspolitik wie die politischen Freiheiten oder die doppelte Staatsbürgerschaft weiterhin als fortschrittlich. Aber insbesondere im Gegensatz zu Schweden¹² ist Frankreich heute in Bezug auf die von den EU-Instanzen erlassenen Standards kein nachahmenswertes Beispiel mehr. Um wieder zu einem Vorbild zu werden, muss Frankreich zweifelsohne sein Selbstverständnis und seine Selbstdarstellung überarbeiten und sich bemühen, besser zu begreifen, was Vielfalt bedeutet.

11. Näheres zum Index unter www.integrationindex.eu

12. Das Erstarken des rechtsextremen Spektrums bei den letzten Parlamentswahlen könnte dieses Vorbild jedoch in Frage stellen.

- Barthélemy, Martine / Michelat, Guy** (2007): Dimensions de la laïcité dans la France d'aujourd'hui. *Revue française de science politique* 5/2007 (Band 57): 649–698.
- Bertrand, Romain** (2006) : *Mémoires d'empire. La controverse autour du »fait colonial«*. Bellecroube-en-Bauges. Editions du Croquant et Savoir, Agir.
- Blanchard, Pascal / Bancel, Nicolas / Lemaire, Sandrine** (Hrsg.) (2005): *La Fracture coloniale. La société française au prisme de l'héritage colonial*. Paris: La Découverte.
- Brubaker, Roger** (2001): The return of assimilation? Changing perspectives on immigration and its sequels in France, Germany and the United States. *Ethnic and Racial Studies* 24 [4]: 531–548.
- Chebel d'Appollonia, Ariane** (2011): *Frontiers of Fear: Immigration and Security in Europe and the United States*. Cornell University Press.
- Durkheim, Emile** (1922): *Education et Sociologie*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Gabizon, Cécilia** (2009): Deux mille femmes portent la burqa en France. *Le figaro*, 9.9.2009.
- Guiraudon, Virginie** (2010): Les effets de l'eupéanisation des politiques d'immigration et d'asile. *Politique européenne* 2/2010 (Nr. 31): 7–32.
- Hamel, Christelle / Simon, Patrick** (Hrsg.) (2010): Enquête trajectoires et origines: la diversité des populations en France: premiers résultats, documents de travail de l'INED. Abrufbar unter: http://www.ined.fr/fichier/t_publication/1516/publi_pdf1_dt168_teo.pdf
- Jones, Bryan / Baumgartner, Frank** (2005): *The politics of attention: how government prioritizes problems*. Chicago: University of Chicago Press.
- Joppke, Christian** (2007): Beyond national models: civic integration policies for immigrants in Western Europe. *West European Politics* 2007-01, Band 30: Nr.1: 1–22.
- Noiriel, Gérard** (1992): *Le creuset français*. Paris: Seuil.
- Patrick, Simon** (2008): The choice of ignorance: the debate on ethnic and racial statistics in France. *French Politics, Culture & Society*, 2008, (26-1): 7–31.
- Safi, Mirna** (2006): Le processus d'intégration des immigrés en France: inégalités et segmentation. *Revue française de sociologie*, 47 (1): 5.
- Tribalat, Michèle / Simon, Patrick / Riandey, Benoît** (1996): *De l'immigration à l'assimilation: enquête sur les populations d'origine étrangère en France*. Paris: La Découverte.
- Simon, Patrick / Tiberj, Vincent** (2010): Religions. In: Chris Beauchemin, Christelle Hamel und Patrick Simon (Hrsg.): *Enquête trajectoires et origines: la diversité des populations en France: premiers résultats, documents de travail de l'INED*: 123–129.
- Sniderman, Paul / Hagendoorn, Louk** (2007): *When Ways of Life Collide: Multiculturalism and Its Discontents in the Netherlands*. Princeton: Princeton University Press.
- Tiberj, Vincent** (2008): *La crispation hexagonale: France fermée contre France plurielle, 2001–2007*. Paris: Plon.



Über den Autor

Vincent Tiberj ist Wissenschaftler am Centre d'Etudes Européennes (CEE) de Sciences Po.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
www.fes.de/international/wil/

Bestellungen/Kontakt hier:
Kristina.Schatz@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86498-071-8